

# Erzgeb. Volksfreund.

## M t s b l a t t

für die königlichen und städtischen Behörden in Aue, Grünhain, Hartenstein, Johannegeorgenstadt, Löbnitz, Neustädtel, Schneeberg, Schwarzenberg und Wilbenfels.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Preis vierteljährlich 1 Mark 80 Pfennige — Infectionsgebühren: die gespaltene Zeile 10 Pfennige, die zwispaltige Zeile amtlicher Inserate 25 Pfennige. — Infectionsannahme für die am Abende erscheinende Nummer bis Vormittags 10 Uhr.

### Bekanntmachung.

Anher erstatteter Anzeige zu Folge ist bei den Leichenbestattungsscheinen aus dem Jahre 1877 mehrfach der Mangel hervorgetreten, daß auf denselben die eigenhändige ärztliche Beglaubigung der Todesursachen fehlt.

Den Leichenfransen im hiesigen Verwaltungsbezirk wird daher die genaue Befolgung der wegen Ausfüllung der Leichenbestattungsscheine bestehenden in §. 16 der Instruction für die Leichenfrauen vom 20. Juli 1850 enthaltenen Vorschriften hierdurch mit der Anweisung eingeschärft in den Fällen, wo Verstorbene ärztlich behandelt worden sind, dem betreffenden Arzte den Leichenbestattungsschein zum eigenhändigen Eintrage der Todesursache vorzulegen.

Schwarzenberg, am 22. Februar 1878.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Herr. von Wirsing.

M.

### Bekanntmachung.

Nachdem die Gemeinde Croßen den hinter dem Wohnhause des Gutbesizers Carl Heinrich Schläpzig daselbst — Brand-Cataster-Nr. 37 — vorbeiführenden und an die Flur-Parzellen Nr. 11a, 74a, 74b. des dortigen Flurbuchs angrenzenden, zehner frei und ungehindert begangenen Fußweg einzuziehen beschloßen hat, wird dies mit dem Bemerkten an durch bekannt gemacht, daß Widersprüche hiergegen binnen 3 Wochen und längstens

bis zum 20. März dies. Jahres

hier anzubringen sind.

Zwickau, am 22. Februar 1878.

Königliche Amtshauptmannschaft.

J. B.

Dr. Grünler.

E.

### Bekanntmachung.

In der Nacht vom 17. zum 18. Januar 1878 sind aus einem Hause zu Mitttergrün folgende Gegenstände:

- 1) ein Portemonnai von rothem Juchtenleder mit gelbem Verschluss, zwei 10 Markstücke und zwei 1 Markstücke enthaltend;
- 2) 2 Mark 80 Pf., Pfennige in verschiedenen Münzsorten;
- 3) eine silberne Cylinderuhr mit Goldrändern und Secundenziffern samt einer schwach verfilberten Taumette;
- 4) 5 Stückchen Butter,

gestohlen worden. Zur Entdeckung der Diebe und Wiedererlangung des Gestohlenen wird solches bekannt gemacht.

Schwarzenberg, am 20. Februar 1878.

Königliches Gerichtsamt.

Gattsch.

Von dem unterzeichneten Landwehr-Bezirks-Commando ist die Lieferung des Brodbedarfes für die Stammmannschaften vom 1. April c. bis 31. März 1879 im Wege der öffentlichen Submission zu verdingen.

Reflectanten wollen deshalb die allgemeinen Contractbedingungen, welche im hiesigen Bureau ausliegen, gefälligst einsehen und ihre Preisofferten, deren Eröffnung im Submissionstermine

am 1. März c. Vormittags 10 Uhr

erfolgt, versiegelt anher abgeben.

Schneeberg, am 9. Februar 1878.

Königliches Landwehr-Bezirks-Commando.

Hierbach,

Oberlieutenant J. D.

(1-2)

### Tagesgeschichte.

Wochenschau.

Die verfllossene Woche war eine ereignisreiche wie selten eine, denn sie war ereignisreich für das staatliche aber auch für das kirchliche Leben des ganzen Erdballs Europa. Interpellationen im politischen und Papstwahl im kirchlichen Leben waren die Tagesereignisse, welche die gespanntesten Blicke der Welt auf sich zogen.

Widmen wir zuerst den Interpellationen, die am 19. Febr. im Deutschen Reichstag und just an demselben Tage auch in den österreichischen und ungarischen Reichstagen in Bezug auf die orientalische Frage gestellt und beantwortet wurden, einige Worte.

Die orientalische Frage ist endlich an dem Punkte angekommen, daß sie im strengsten Sinne des Wortes eine wirklich "brennende" geworden ist, und die Welt hart sehnsuchtsvoll einer endlichen Lösung. Ein von den Großmächte beabsichtigter Congress soll die Lösung bringen. Darf es da Wunder nehmen, wenn die versammelten Vertreter der deutschen Nation so wie die des bei der Lösung der orientalischen Wirren so ganz nahe beteiligten Oesterreich-ungarischen Kaiserstaates endlich einmal Ausschluß wünschen von ihren Regierungen, über die Politik, die sie bei der für das gesamte Europa so wichtigen Schlichtung der orientalischen Frage einzunehmen gedenken? Möglichst ausführlichen Bericht über die denkwürdige Sitzung im deutschen Reichstag und über die Antwort auf die Interpellation des Reichstages im österreichischen Reichstag brachte unser Blatt (Nr. 44 und 45). Trotzdem können wir es uns aber nicht versagen in unserer Wochenschau nochmals auf die Antwort des deutschen Reichstages auf die Antwort des Herrn von Bennigsen und Genossen mit einigen Sätzen zurück zu kommen.

Die Antwort des Fürsten Bismarck am 19. Febr. war eine politische und diplomatische Musterrede im strengsten Sinne des Wortes. Und warum? Weil sie bei aller scheinbaren Offenheit doch durchaus nicht klar auf den Grund der Politik des Reichskanzlers schauen läßt, weil sie jede politische Partei, jedes auswärtige Cabinet anders deutet, und weil sie auch, ohne der Rede nur den leisesten Zwang anzuthun verschiedenartige Deutungen zuläßt. Kurz, just so, wie der deutsche Reichskanzler am 19. Febr. vor dem deutschen Reichstag und natürlich zugleich vor ganz Europa gesprochen hat, kann nur der vollendete Meister in der Diplomatie und Politik sprechen. Das Streben, den europäischen Frieden zu erhalten, ist allerdings der Grundton der Bismarckschen Rede, aber wie und auf welche Weise das der Kenner der Geschichte Deutschlands erriethen will, zu welcher Farbe er sich bekant, auf welcher Seite Deutschland schließlich stehen wird, darüber gibt die Rede keinen greifbaren Anhalt; sie ist eben ein

diplomatisches Meisterstück. — Von weniger Gewicht war die Antwort des österreichischen Ministerpräsidenten v. Auersperg auf die Interpellation Gstra's, doch hebt sie das Wollen Oesterreich-Ungarns bei Schlichtung der orientalischen Frage klarer hervor und spricht deutlich aus, daß die österreichische Regierung den ersten Ereignissen gegenüber nach wie vor es als ihre Pflicht und ihre Aufgabe erkennen werde, die politischen und materiellen Interessen und das Ansehen der Monarchie nach jeder Richtung zur Geltung zu bringen. — Und nun noch eine ganz kleine Blumenlese, wie die verschiedenen Länder und die ausländischen Hauptzeitungen die Reden Bismarck's und Auersperg's aussprechen und beurtheilen. Die russische Zeitungen sind ganz vollständig befriedigt durch Bismarck's Rede und erklären sie für russenfreundlich. Sämmtliche pariser Journale, mit Ausnahme des Journal des Debats, finden, daß die Rede Bismarck's für die russische Politik sehr günstig lautet, daß die Worte Bismarck's die landläufigen Ansichten über den Schutz, welchen Deutschland dem Vorgehen Russlands angedeihen läßt, demontiren. Die Republik France sieht in der Rede Bismarck's das Bestreben Oesterreich in der eisernen Umarmung des Dreikaiferbundes festzuhalten. Endlich nach einer Londoner Korrespondenz der "A. Z." soll die Rede Bismarck's in englischer Kreise die Friedenshoffnung nicht gestärkt haben. Die meisten Londoner Morgenblätter vom 20. Februar heben hervor, daß Bismarck seine früher Versicherung, Deutschland würde gegenüber einer Schädigung der Lebensinteressen Oesterreichs nicht gleichgültig sein, diesmal nicht wiederholt habe. Die "Daily News" schreiben: Die Reden Bismarck's und Auersperg's beweisen klar, daß Deutschland im Ganzen die Vorschläge Russlands unterstützen, Oesterreich dagegen einige derselben belämpfen werde. Die "Morningpost" bezeichnet die Rede als russenfreundlich, dagegen Auersperg's Rede als Beweis, daß ein etwaiger europäischer Krieg England und Oesterreich als Bundesgenossen finden würde. Der "Daily Telegraph" findet in Bismarck's Erklärungen wenig Tröstliches. Der "Standard" nennt sie zweideutig, belobt dagegen die Auersperg's. — Diese verschiedenartigen Beurtheilungen der Rede des deutschen Reichskanzlers beweisen aber klar, wie recht wir hatten, wenn wir eben den Satz aussprachen: "weil die Rede, ohne ihr nur den leisesten Zwang anzuthun, verschiedenartige Deutungen zuläßt" auch aus diesem Grunde ist sie eine diplomatische Musterrede.

Die Papstwahl am 20. Febr. scheint im Allgemeinen in den meisten Ländern Billigung zu finden. Der neue Papst Leo XIII. soll wirklich der Partei der "Gemäßigten" angehören. In Hinsicht auf den so vielfach gestörten kirchlichen Frieden ist aufrichtig zu wünschen, daß dem wirklich so sei. Nächstens wird der neue Papst die herkömmliche allgemeine Ansprache an die katholische Christenheit erlassen, und aus dieser Ansprache wird sich wohl schon mit

einiger Zuverlässigkeit erkennen lassen, welcher Geist das neue Oberhaupt der katholischen Kirche befehle.

Zur politischen Lage im Allgemeinen in der verflossenen Woche ist zu bemerken, daß sie sich leider nicht zum Besseren gewendet hat. Der Friedensabschluß zwischen Russland und der Türkei will immer und immer noch nicht zum wirklichen Abschluß kommen. Die Türkei soll sich in den letztern Tagen wieder unangenehmer zeigen, was freilich schwer verständlich ist, wenn man erwägt, daß die Türkei gleichsam an Händen und Füßen gebunden, darnieder liegt. Auch die englisch-russischen Verhandlungen über die Grenzen, welche der beiderseitigen Entfaltungen der militärischen Machtmittel vor Konstantinopel zu setzen sind, sind wieder kritischer geworden. England ist wenig geneigt, die Flotte aus den Dardanellen zurückzuziehen, wogegen die Ansicht Russlands neuerdings in den Vordergrund tritt, Konstantinopel doch noch zu besetzen. Dazu kommt endlich noch, daß sowohl in Russland wie in England die Rüstungen mit dem größten Eifer fortgesetzt werden, und daß sowohl in Russland wie in England die kriegerische Stimmung anhält. In England bieten viele Freiwillige ihre Dienste an in die Armee einzutreten. — Ueber den Zusammentritt des Congresses verläutet jetzt wieder, er würde erst in der Mitte des Monats März stattfinden.

Im Deutschen Reich haben im Reichstag am 22. Februar die Beratungen über die Steuererordnungen (Tabak-, Stempel- und Spielkartensteuer) begonnen und wurden am 23. Febr. fortgesetzt. In der Sitzung am 23. versicherte der Staatsminister Camphausen, indem er auf seine schon früher dargelegte Stellung zu den indirekten Steuern hinwies: er habe wiederholt dem Reichskanzler seine Entlassung angeboten, falls er nicht im Einverständnis mit derselben sei. Er denke nicht daran, an der Spitze der Finanzverwaltung zu bleiben, wenn er nicht der freudigen Zustimmung der Parteien verichert sei. Reichskanzler Fürst Bismarck bekräftigt, daß v. Camphausen wiederholt, zuletzt dieser Tage, sein Entlassungsangebot kundgab. Fürst Bismarck fügte hinzu: nur aus höchsten Gründen und widerstrebend würde er solchen Wünschen nachkommen. "Eine Differenz liegt zwischen uns nicht vor, sodas deshalb für mich nicht der Moment der Trennung, sondern der der Hoffnung vorhanden ist, daß unsere Wege auch ferner zusammenführen. Es war mir Bedürfnis, dies hier auszusprechen." Der Reichstag beschloß noch weiter, von den Abg. Barnhäuser, Mühlhoff, Frigische und Hammerger geführter Debatte die Berücksichtigung der Steuererordnungen an die Budget-Commission. — Uebrigens nimmt die Agitation gegen die Tabaksteuer allenthalben im Reiche zu. Allein aus der Rheinpfalz, die freilich auch in erster Linie bei diesem Steuerlegen beteiligt ist, sind 92 Petitionen mit mehr als zehntausend Unterschriften dem Reichstage eingelaufen.